

Tagesordnung I Punkt 19 der öffentlichen Sitzung am 12. Juni 2008

Antrags-Nr. 06-F-25-0001

**Auswirkungen der Studiengebühren in Hessen auf die Landeshauptstadt Wiesbaden
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
FDP vom 23.05.2006 -**

Beschluss der **Stadtverordnetenversammlung vom 01.06.2006 (BP 0228):**

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat

- a.) zu ermitteln, ob und welche Auswirkungen die Einführung von Gebühren für das Erststudium und nicht-konsequente Masterstudiengänge in Hessen auf
 - die Auslastung der Wiesbadener Fachhochschule mit 19 Fachbereichen und 37 Studiengängen und derzeit circa 8.100 Studierenden
 - denkbare Abwanderungstendenzen in den benachbarten Hochschulstandort Mainz
 - die Finanzausstattung der Wiesbadener Fachhochschule
 - die Bildungschancen und die Möglichkeit einer akademischen Karriere von jungen Menschen insgesamt sowie von jungen Menschen aus sozial benachteiligten Familien und von jungen Menschen mit Migrationshintergrund
 - das kulturelle Leben, die Arbeitsmarktentwicklung und das wirtschaftliche Leben in der Landeshauptstadt Wiesbaden hätte.
- b.) über die Ergebnisse dieser Prognosen detailliert zu berichten.
- c.) ein Handlungskonzept zu entwickeln, das dem Standort Wiesbaden in jedem Fall eine hinreichende Attraktivität für Studierende verleiht. Hierbei sind insbesondere Maßnahmen zur Erweiterung des Angebots an preisgünstigem Wohnraum sowie zum Ausbau des kulturellen Angebots für Studierende zu berücksichtigen.

Beschluss Nr. 0329

Der Bericht des Dezernates VIII vom 14.04.2008 wird zur Kenntnis genommen.

(antragsgemäß Magistrat 06.05.2008 BP 0352)

(antragsgemäß Ausschuss für Schule und Kultur 29.05.2008 BP 0084)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2008

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .06.2008

Dezernat VIII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister